

Prof. Dr. Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des DIW Berlin und Mitglied des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Sollten statistische Indikatoren politische Entscheidungen ersetzen?

Wirtschaftswissenschaftler lieben „regelgebundene" Politik. Zum Beispiel mit Hilfe der „Rentenformel" oder der „Schuldenbremse". Dabei geht es letztlich darum, dass man mit Hilfe statistischer Kennziffern, gerne auch „Indikatoren" genannt, politische Entscheidungen ersetzen (bei der Rentenanpassung) oder zumindest begrenzen kann (bei der staatlichen Verschuldung). Darüber hinaus sind Wissenschaftler überzeugt, dass Indikatoren helfen, rational zu planen (etwa den Klimaschutz mit Hilfe des Zwei-Grad-Erwärmungsziels). Aber so einfach ist das alles nicht. Oft ist es schwierig, die Indikatoren überhaupt zu berechnen (bei der Zwei-Grad-Berechnung handelt es sich ja um Simulationen, keine Messung). Aber wichtiger ist noch, dass Indikatoren und daraus abgeleitete Grenzwerte oft die politische Diskussion verengen und nicht unbedingt zur Rationalität politischer Prozesse beitragen.

Ein berühmter aktueller Grenzwert, nämlich das Maastricht-Kriterium, das die jährliche Nettoneuverschuldung auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzen soll, wurde nach seiner Einführung 1998 wenige Jahre später nicht nur in Deutschland (2001 bis 2005) zigmal verletzt. Mit guten Gründen, denn es ist kontraproduktiv, sich im Abschwung „kaputtzusparen". Das zeigt, dass das Berechnen von Indikatoren und willkürlich gesetzte Grenzwerte keineswegs so vernünftig sind, wie viele Wissenschaftler das gerne hätten, sondern dass naiver Zahlen-Glaube durchaus ein Problem darstellen kann. Nach der Lehmann-Pleite stieg die gesamte Staatsverschuldung – vernünftigerweise – weit über die im Maastricht-Vertrag festgelegte Zielmarke von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Und auch für die in das deutsche Grundgesetz geschriebene „Schuldenbremse" dürfte gelten: Wenn es die Lage erfordert, wird sie wahrscheinlich nicht wirksam sein. Keine übermäßigen Staatsschulden machen zu dürfen, gilt laut Artikel 115 des Grundgesetzes nur „grundsätzlich" – was, wie jeder Jurist weiß, Ausnahmen zulässt. Und klugerweise wird als Zielkriterium die „strukturelle" Neuverschuldung definiert, also die um konjunkturelle Einflüsse bereinigte Neuverschuldung. Und weitere Flexibilität ist in Artikel 115 eingebaut, denn „das Verfahren zur Berechnung der Obergrenze der jährlichen Nettokreditaufnahme unter Berücksichtigung der konjunkturellen Entwicklung auf der Grundlage eines Konjunkturbereinigungsverfahrens" wird nicht im Grundgesetz, sondern in einem einfachen Bundesgesetz geregelt. Und sogar das Grundgesetz selbst lässt noch eine weitere Tür offen, denn im Falle von „außergewöhnlichen Notsituationen" kann die Kreditobergrenze überschritten werden. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hatte vor einigen Wochen die Kosten des Flüchtlingszustroms als einen möglichen Grund genannt.

Die Diskussion um die private Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur zeigt, dass die Politik immer gern und meist erfolgreich Ideen entwickelt, wie sie Grenzwerte wie die Schuldenbremse umgehen kann. Und diese Umgehungslösungen sind oft nicht sparsam. Statt Autobahnen von privaten Betreibern bauen zu lassen (was ist dadurch eigentlich gewonnen, außer die Schuldenbremse zu umgehen?) könnte der Staat seiner Infrastrukturaufgabe schlicht und einfach auch selbst nachkommen.

Man kann die Umgehungsversuche aber auch gelassen sehen. Denn die Welt ist nun mal deutlich bunter, als es statistische Indikatoren und einfache Grenzwerte glauben machen. Dass sich die Politik oft nicht daran hält, ist zu erwarten und oft keineswegs unvernünftig. Das wusste schon Goethe, wenn er im Faust-Drama von der grauen Theorie und dem grünen Lebensbaum sprechen ließ. Statistische Indikatoren sind deswegen keineswegs überflüssig, da sie die Wirklichkeit beschreiben (wenn auch oft nicht zeitnah, man denke etwa an meist veraltete Einkommens- und Vermögenstatistiken). Aber aus den Indikatoren kann nicht automatisch eine bestimmte Politik als richtig abgeleitet werden. Zum Beispiel für die Besteuerung sind Gerechtigkeitskriterien zentral – die können nicht durch Statistiken und Simulationen ersetzt werden.

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber
Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion
Sylvie Ahrens-Urbanek
Dr. Kurt Geppert

Redaktion
Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat
Dr. Stefan Bach
Hermann Buslei
Dr. Katharina Pijnenburg

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung
Edenspiekermann

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Serviceabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.